

Geschäftszahlen:

BKA: 2023-0.004.651

BMBWF: 2023-0.893.982

BMSGPK: 2023-0.921.003

82a/1

Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken: Abschluss des Aufarbeitungsprozesses

Mit der COVID-19-Pandemie musste sich Österreich einer der größten gesundheitlichen, politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen der jüngeren Geschichte stellen. Die für die Bewältigung dieser Ausnahmesituation erforderlichen Maßnahmen haben in Teilen der Bevölkerung zu Verunsicherung und einer spürbaren Polarisierung geführt.

Um einerseits Lehren für künftige Krisensituationen ziehen zu können und andererseits den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern sowie mehr Verständnis zwischen verschiedenen Gruppen zu schaffen, hat der Ministerrat am 4. Mai 2023 die Durchführung eines Aufarbeitungsprozesses beschlossen. Das Projekt bestand aus zwei großen Teilen: Im von der Akademie der Wissenschaften (ÖAW) verantworteten wissenschaftlichen Teil wurden in fünf sozialwissenschaftlichen Fallstudien Kernaspekte des gesellschaftlichen Umgangs mit der Pandemie untersucht, und zwar im Hinblick auf folgende Themenstellungen

- Polarisierung in Medien und Öffentlichkeit
- Politischer Umgang mit Zielkonflikt anhand der Impfpflicht
- Politischer Umgang mit Zielkonflikt anhand dem Distance Learning / Schulschließungen
- Wissenschaftliche Politikberatung
- Wissenschaftsskepsis.

Fünf Projektteams mit institutionellen Wurzeln an der ÖAW, dem Zentrum für Soziale Innovation (ZSI), dem Medienhaus Wien und der Universität Wien führten die

Untersuchungen im Zeitraum von April bis November 2023 durch. Die Festlegung der Themenstellungen, die Zusammenstellung des Projektteams, die Auswahl der Methoden, die Erhebung und Auswertung der Daten, also der gesamte wissenschaftliche Prozess verlief völlig unabhängig von der Politik.

Im zweiten Teil des Projekts wurde ein Dialogprozess aufgesetzt, um die Bevölkerung in repräsentativer Weise einzubinden. Unter dem Titel „Österreich am Wort“ organisierte das Bundeskanzleramt auf Basis eines wissenschaftlich fundierten Konzepts der ÖAW und des Instituts für Höhere Studien (IHS) im Zeitraum von Mitte Oktober bis Anfang November 2023 eine Reihe von eintägigen Dialogveranstaltungen in allen neun Bundesländern. Insgesamt nahmen 319 durch die Statistik Austria zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger daran teil. Ziel war es, eine vertiefende und qualitative Diskussion über Krisenerfahrungen und den erwünschten Umgang mit künftigen Krisen zu ermöglichen. Die Auseinandersetzung der Bürgerinnen und Bürger mit Themen, die teilweise auch in den sozialwissenschaftlichen Fallstudien behandelt wurden, stellte eine fruchtbare Verknüpfung zwischen den beiden – methodisch sehr verschiedenen – Projektteilen her. Die Erkenntnisse und Empfehlungen aus dem Gesamtbericht sollen Chancen und Notwendigkeiten für einen Umgang mit künftigen Krisen aufzeigen und einen Beitrag leisten, um allfälligen Krisen besser begegnen zu können und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Nach erfolgreicher und planmäßiger Fertigstellung des Gesamtprojektes liegt nunmehr der umfangreiche Abschlussbericht der ÖAW vor. Neben der umfassenden wissenschaftlichen Ausarbeitung wurden auch Empfehlungen jeweils an Politik, Wissenschaft, Medien und die Bevölkerung gerichtet. Die wesentlichsten Empfehlungen des Berichtes sind:

- Wissenschaft: Dem Phänomen der Wissenschaftsskepsis und Desinformation soll entschieden entgegengewirkt werden. Die Leistungsfähigkeit und die Grenzen wissenschaftlicher Forschung und Lehre sollen kommuniziert werden und das Verständnis dafür schon an den Schulen geschaffen werden.
- Politik: Der gesamtgesellschaftliche Dialog soll gefördert und politische Entscheidungen nachvollziehbar begründet werden. Entscheidungs- und Beratungsgremien sollen fachlich vielfältig besetzt, flexibel und transparent sein und ihre Erkenntnisse verständlich kommunizieren. Gesundheits-, Pflege- und Sozialberufe sollen im Sinne einer vorausschauenden Krisenprävention attraktiver gemacht werden.

- Medien: Vertrauen schaffen, positiv denken und Dialog als Grundsatz. Transparenz und Glaubwürdigkeit sollen gesteigert werden, damit das Vertrauen in die Medien wieder gestärkt wird. Konstruktiver Journalismus soll auch in Zeiten der Krise handlungs- und lösungsorientiert sein und nicht ausschließlich Extreme darstellen und Ängste schüren. Die Medien sollen eine Dialogfunktion erfüllen und verschiedene Perspektiven einbeziehen. Dabei muss darauf geachtet werden, dass Medien die politische Unabhängigkeit wahren.
- Bevölkerung: Die Bürgerinnen und Bürger sollen offen und respektvoll miteinander umgehen und in der Krise füreinander sorgen. Dazu bedarf es mehr miteinander statt übereinander reden.

Diese Empfehlungen sollen eine Richtschnur sein, um zukünftige Krisensituationen besser meistern zu können.

Ableitungen der Bundesregierung aus dem vorliegenden Bericht

Der nun vorliegende Bericht lässt eine Fülle an Schlussfolgerungen und möglichen Maßnahmen zu. Mit der Umsetzung einiger dieser Maßnahmen wurde bereits begonnen, um die Krisenresilienz unseres Landes weiter zu stärken. Generelle Leitlinie aller diesbezüglichen Erkenntnisse ist es, die Sicherheit und Resilienz Österreichs zu erhöhen, die Bevölkerung vor den Folgen allfälliger Krisen besser zu schützen und transparente und nachvollziehbare Maßnahmen zu setzen, die bei der Bevölkerung auch eine hohe Akzeptanz haben.

1. Krisenresilienz erhöhen

Folgend wurde im Sommer 2023 das Bundeskrisensicherheitsgesetz beschlossen, um die Sicherheit und Resilienz Österreichs zu erhöhen. Wesentliche Eckpfeiler dieses Gesetzes sind unter anderem das Bundes-Krisensicherheitskabinett unter der Leitung des Bundeskanzlers, das Beratungsgremium unter der Leitung der Regierungsberaterin oder des Regierungsberaters sowie die Fachgremien unter der Leitung der jeweiligen sicherheitspolitischen Expertinnen und Experten. Mit diesen Gremien soll eine gesamthafte strategische und transparente Beratung der Bundesregierung zur Krisenvorsorge sowie Krisenbewältigung sichergestellt werden.

2. Krisenkommunikation strukturiert etablieren

Resultierend aus den Empfehlungen des Berichtes wird zudem die künftige Regierungsberaterin bzw. der künftige Regierungsberater damit beauftragt, ein Konzept für eine transparente und einfach verständliche Krisenkommunikation zu erarbeiten, strukturiert abzubilden und diese sodann sicherzustellen, wobei ebenso ein Fokus auf regelmäßiger und krisenunabhängiger Kommunikation liegen soll.

3. Maßnahmen gegen Wissenschaftsskepsis

Um dem Phänomen der Wissenschaftsskepsis entgegenzutreten, wurde seitens des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) eine Strategie zur Stärkung des Vertrauens in Wissenschaft und Demokratie mit einem 10-Punkte-Programm initiiert.

Um ein differenziertes Bild zu diesem Thema zu bekommen, wurde zudem eine Studie beauftragt, die das IHS gemeinsam mit der Universität Aarhus durchgeführt hat. Auf deren Basis werden nun weitere Maßnahmen erarbeitet.

Zusätzlich zur Fortsetzung der Maßnahmen, wie Sparkling Science und den Kinder- und Jugenduniversitäten, konnten etwa bereits Maßnahmen, wie die Wissenschaftsbotschafter/innen oder eine eigene Wissenschaftswoche in den Polytechnischen Schulen, umgesetzt werden. Darüber hinaus wird das Thema stärker in den Curricula verankert und ist künftig auch Teil der Leistungsvereinbarungen mit den Universitäten.

4. Attraktivierung der Gesundheits-, Pflege- und Sozialberufe

Eine der zentralen Empfehlungen an die Politik ist die Stärkung der Resilienz im Gesundheitssystem und in der Pflege. Dazu gehört besonders das Attraktivieren von Gesundheits-, Pflege- und Sozialberufen. Die Bundesregierung hat während und nach der Corona-Pandemie bereits umfangreiche Maßnahmen gesetzt, die in den kommenden Jahren ihre Wirkung entfalten werden – etwa ein monatlicher Zuschuss für Auszubildende und Entgelterhöhungen für Mitarbeitende in Pflege- und Sozialbetreuungsberufen sowie eine Entlastungswoche und bessere Vergütungen im Nachtdienst für Pflegeberufe.

Zudem wird der Pflegefonds ab 2024 mit 1,1 Mrd. Euro dotiert. Damit stehen den Bundesländern ausreichend finanzielle Mittel für die weitere Attraktivierung von

Pflegeberufen und für die Ausbildung zusätzlicher Mitarbeitenden zur Verfügung. Die Einigung zum Finanzausgleich sichert diese Verbesserungen für die kommenden fünf Jahre ab.

5. Daten zur Planung nützen

Für eine treffsichere Entscheidungsfindung sind auch sichere Datenquellen unabdingbar. Die zeitnahe, regelmäßige und systematische Datenerfassung, -analyse und -interpretation ist die Grundlage für jedes Risikomanagement. Auch die Weiterentwicklung des bestehenden Dokumentations- und Informationssystems für Analysen im Gesundheitswesen zu einer vollwertigen behördlichen Datenauswertepattform zur gemeinsamen Sekundärdatennutzung stärkt die evidenzbasierte Entscheidungsfindung. In einem ersten Schritt werden die Daten allen Systempartnern im Gesundheitswesen (Bund, Länder, Sozialversicherungsträger) zur besseren Steuerung zur Verfügung stehen. In einem zweiten Schritt soll auch die Forschung rasch Zugang zu Gesundheitsdaten erhalten. Verbesserte Datengrundlagen erlauben eine optimierte Planung und Steuerung von Strukturen im Gesundheitsbereich. Das trägt wesentlich zur Resilienz des Gesundheitssystems bei.

Wir stellen daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

21. Dezember 2023

Karl Nehammer, MSc
Bundeskanzler

Ao. Univ.-Prof. Dr. Martin
Polaschek
Bundesminister

Johannes Rauch
Bundesminister